



Bericht aus **Berlin**

Gunther Krichbaum 

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

in dieser Woche ist in Berlin vieles beschlossen und auf den Weg gebracht worden, was wir uns im Bundestagswahlkampf auf die Fahnen geschrieben hatten. Damit hat die Koalition entgegen vielen Unkenrufe bewiesen, dass sie handlungswillig und -fähig ist. Natürlich vertreten wir unterschiedliche Parteien mit unterschiedlichen Zielen. Aber uns eint die große Aufgabe, Deutschland zu modernisieren und unsere Wirtschaft wieder zum Laufen zu bekommen. Die überfällige und grundlegende **Reform des Bürgergeldes**, die **Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur** und das **Rentenpaket mit Aktivrente**: Die Koalition hat geliefert. In dem beiliegenden Dokument können Sie alle Beschlüsse nachlesen.

Für unsere Region ist ein Satz daraus ganz besonders wichtig: **Alles was baureif ist, wird auch gebaut**. Dies muss auch für den planreifen **Lückenschluss der B10 zwischen Eutingen und Niefern** gelten. Die Meldungen aus Berlin, wonach trotz Rekordverschuldung fertig geplante Straßenprojekte nicht umgesetzt werden könnten, hat niemand verstanden. Hierzu gab es auch in unserer Bundestagsfraktion längere Diskussionen. Deshalb ist der Beschluss aus dem Koalitionsausschuss wichtig, damit überall Klarheit herrscht. **Für Anfang November habe ich hierzu eine Videokonferenz zwischen dem Bundesverkehrsministerium und Vertretern unserer Region organisiert.**

Ein Riesenerfolg sei es zudem, dass das **Bürgergeld** der Ampel-Regierung jetzt rasch zu einer neuen Grundsicherung umgebaut werde. Hier werden falsche Anreize abgeschafft und die Vermittlung in Arbeit in den Vordergrund gestellt. Dafür werden die Mitwirkungspflichten verstärkt und die Sanktionsmöglichkeiten deutlich erhöht. „Wer nicht mitmacht, wird es schwer haben“ – dieser Satz der SPD-Vorsitzen Bärbel Bas trifft genau ins Schwarze.

Geeinigt haben wir uns auch bei der **Aktivrente**. Sie wird wie geplant zum 1. Januar 2026 kommen. Wer über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten möchte, darf künftig bis zu 2000€ im Monat steuerfrei verdienen. Das ist

ein starker Anreiz, trotz Rente weiterzuarbeiten und ein Element, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Klar ist aber auch, dass niemand gezwungen wird, länger zu arbeiten. Aber wer das will, für den lohnt sich das jetzt richtig.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen und zugleich möchte ich Sie nochmals zu meinem nächsten **digitalen „Bericht aus Berlin“** einladen, der am kommenden **Mittwoch, den 15.10. von 18:00 bis 19:00** stattfindet. Hier noch einmal der Einwahllink:

<https://bundestag-de.zoom-x.de/j/61135744520?pwd=2bpE442JnlpvbIH6BX3dk69P7oUwLj.1>



Gunther Krichbaum

Abonnieren Sie hier meinen neuen Newsletter

Bislang wurde dieser Newsletter dankenswerterweise von der CDU-Kreisgeschäftsstelle verschickt. Um Sie direkt mit Informationen zu aktuellen Themen versorgen zu können, möchte ich Sie bitten, sich hier anzumelden, um meinen Newsletter zu abonnieren.

Zudem erreichen Sie mich selbstverständlich auch weiterhin in meinen Büros in Pforzheim und Berlin:

Wahlkreisbüro Pforzheim:

Telefon: 07231-140061

Email: gunther.krichbaum.wk@bundestag.de

Bundestagsbüro Berlin:

Telefon: 030-227 70371

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Email: gunther.krichbaum@bundestag.de

Sie wollen nicht auf den Newsletter warten, sondern tagesaktuell dabei sein?
Dann folgen Sie mir auf:



Keine anlasslose Chat-Kontrolle
im Internet

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt die Sorge vor Eingriffen in private Kommunikation sehr ernst. Verlässliche Vertraulichkeit ist eine Grundlage unserer Freiheitsrechte und Voraussetzung dafür, dass Menschen und Unternehmen dem digitalen Raum vertrauen können. Eine anlasslose Kontrolle privater Kommunikation lehnen wir daher ab. Zugleich ist es richtig und notwendig, dass Europa entschlossen gegen sexualisierte Gewalt an Kindern vorgeht. Denn ein gemeinsamer europäischer Rechtsrahmen ermöglicht es, grenzübergreifend Opfer besser zu schützen, Täter zu verfolgen und illegales Material schneller aus dem Netz zu entfernen. Es ist gut, dass die Europäische Union nun hier tätig werden will, denn der Schutz der Opfer und die Verfolgung der Täter darf nicht an Ländergrenzen scheitern.



Die Beratungen über einen europäischen Rechtsrahmen finden derzeit zwischen Rat, Kommission und Parlament der Europäischen Union statt. Eine Entscheidung liegt derzeit nicht beim Deutschen Bundestag, sondern im europäischen Gesetzgebungsverfahren. Dem aktuellen Vorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft **wird Deutschland nicht zustimmen, deshalb wird es in der nächsten Woche auch keine Entscheidung der EU-Innenminister geben.** Weiterhin gilt, dass sich die Bundesregierung in den weiteren Verhandlungen für ein **Verbesserung des Kinderschutzes** unter Wahrung der deutschen Grundrechte einsetzt.

Maßgebend ist dabei: Starke **Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bleibt unverzichtbar.** Sie schützt die Vertraulichkeit privater Kommunikation und damit auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Maßnahmen zum Kinderschutz müssen so ausgestaltet sein, dass die Integrität dieser Verschlüsselung erhalten bleibt. Unser Ziel ist, Kinder wirksam zu schützen, ohne die Sicherheit und Vertraulichkeit der Kommunikation aller zu gefährden.

Turbo-Einbürgerung wird wieder abgeschafft



Mit der Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes hat die Koalition am Mittwoch eine von der Ampel-Regierung beschlossene Verkürzung der Frist für die Einbürgerung zurückgenommen. Ab sofort können in Deutschland lebende Ausländer bei



vorliegenden Voraussetzungen **nach frühestens fünf Jahren einen deutschen Pass erhalten.**

CDU und CSU haben sich im Wahlkampf für die Abschaffung der sogenannten

Turboeinbürgerung eingesetzt. Jetzt wurde geliefert. Die Einbürgerung steht für Zugehörigkeit, Verantwortung und Teilhabe und die höchste Anerkennung, die unsere Gesellschaft vergeben kann. Sie muss allerdings am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses stehen. **Drei Jahre bis zur Einbürgerung sind zu kurz.** Integration braucht Zeit, Sprache und tatsächliche Verwurzelung in unserer Gesellschaft und diese Bindung braucht Zeit. Die CDU steht für eine Einbürgerung mit Augenmaß: Nicht überstürzt, sondern getragen von echter Identifikation mit unserem Land und dem Verständnis für unsere Werte und unsere Rechtsordnung. Denn nur so entsteht langfristig ein gesellschaftlicher Zusammenhalt, der auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruht.

Mit der Abschaffung der sogenannten Turboeinbürgerung korrigieren wir einen zentralen Fehler der Ampel Regierung.

Bau-Turbo für den Wohnungsbau beschlossen



Gestern hat der Bundestag die Einführung des Bau-Turbos für den Wohnungsbau beschlossen. Mit dem neuen Instrument befreien wir die Kommunen aus dem engen, zeitaufwändigen und kostentreibenden Korsett des Baugesetzbuchs. Ausreden gibt es jetzt keine mehr, **wir geben den Kommunen alle Mittel an die Hand, um den Mangel an bezahlbaren Wohnraum zu beheben.** Und zwar bundesweit, vom Einfamilienhaus, über die Aufstockung

von Supermärkten mit neuen Wohnungen bis zum großen Mietshaus. Künftig gilt: Wer bauen, aufstocken oder nachverdichten will, kann das machen. **Schnell, unbürokratisch und kostengünstig.** Dabei setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor allem auch auf starke Bürgermeister vor Ort, die mitziehen und den Bau-Turbo zünden.

Besonders hervorzuheben ist, dass **Lärmschutzregeln** jetzt wesentlich flexibler gehandhabt und von den Vorgaben der TA-Lärm abgewichen werden kann. Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe können so besser aufgelöst werden. Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode wird zudem **eine große Baugesetzbuch-Novelle folgen**, denn die Bauvorschriften müssen strukturell und dauerhaft entschlackt und auf Schnelligkeit und Effizienz getrimmt werden. Eine befristete Ausnahmeregel wie der Bau-Turbo kann nur eine Zwischenlösung sein. Parallel arbeiten wir am

Strengere Regeln für medizinisches Cannabis

Cannabis-Arzneimittel können in manchen Fällen sinnvoll sein – etwa zur Behandlung chronischer Schmerzen. Um jedoch möglichen Missbrauch einzudämmen, soll es nun strengere Regeln geben.

Die **Importe von Cannabisblüten** sind vom ersten Halbjahr 2024 zum ersten Halbjahr 2025 **um 407 Prozent gestiegen** (von rund 19 auf rund 80 Tonnen), mit weiter



anhaltender Dynamik. Dieser Anstieg ist nicht auf einen erhöhten Bedarf bei schwerwiegend Erkrankten zurückzuführen, denn die GKV-Verordnungen steigen bisher nur im einstelligen Prozentbereich. Vielmehr greifen Konsumenten zu Rauschzwecken in erheblichem Umfang auf Medizinal-Cannabis zurück. Unterstützt wird dies durch immer mehr telemedizinische Plattformen, über die Medizinal-Cannabis ohne persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt bezogen werden können.

Um einen möglichen Missbrauch einzudämmen und die Patientensicherheit zu stärken, hat das Kabinett nun einen Gesetzesentwurf beschlossen, der strengere Regeln zur Verschreibung und Abgabe von Cannabisblüten zu medizinischen Zwecken vorsieht.

Das sind die wichtigsten Regelungen:

- Cannabis darf künftig nur noch **nach persönlichem Kontakt zwischen Arzt und Patient verschrieben werden**. Reine Videosprechstunden reichen zur Erstverschreibung nicht aus.
- Außerdem: Mit Blick auf Sucht- und Gesundheitsrisiken soll Medizinal-Cannabis **nur noch nach persönlicher Beratung in der Apotheke erhältlich sein**. Der Versandhandel mit Medizinal-Cannabis-Blüten zu medizinischen Zwecken soll verboten werden.

Copyright Gunther Krichbaum MdB, 2025. All rights reserved.

Titelfoto: T. Koch; H. Sonbol.

E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de

Homepage: www.gunther-krichbaum.de

Sie wollen keine E-Mail mehr erhalten? Dann melden Sie sich [hier](#) bitte ab.